

Ungebremste Ausgabenpolitik

Die Schweizer Staatsrechnung 2013 schliesst mit einem Plus ab. Die Zahlen trügen: Der Staat wächst schneller als die Wirtschaft. Finanzministerin Widmer-Schlumpf profitiert von tiefen Schuldzinsen.

Von Peter Keller



Die Defizite von morgen sind bereits angelegt: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

Scheinbar alles paletti. Rundherum versinken die Staaten in Schulden, und die Schweiz schreibt schwarze Zahlen. Eine sichtlich stolze Finanzministerin präsentierte vergangene Woche ihre Staatsrechnung. Statt 450 Millionen Franken minus, wie das Budget vorgesehen hatte, konnte Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) einen Überschuss von 1,3 Milliarden Franken vorweisen. «Die Rechnung 2013 zeigt, dass der Bundeshaushalt in einer guten Verfassung ist.»

Wer die Gründe für das gute Ergebnis etwas genauer anschaut, kommt allerdings zu einem anderen Fazit: An der Haushaltsdisziplin von Bundesrat und Parlament kann es jedenfalls nicht liegen, dass die Eidgenossenschaft seit ein paar Jahren keine Defizite mehr schreibt. Seit 2000 stiegen die ordentlichen Ausgaben von 47,131 auf 63,7 Milliarden Franken. Das ist ein Wachstum von mehr als 16,5 Milliarden.

Damit liegt die Steigerung der Staatsausgaben (plus 3,2 Prozent im letzten Jahr) deutlich über dem nominellen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (plus 1,9 Prozent). Der Staat wächst schneller als die Wirtschaft. Eine verhängnisvolle Schere tut sich auf.

Bauern und Militär sparen

Je nach Aufgabenbereich zeigt sich zudem eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Die als unendliches Subventionsloch gescholtene Landwirtschaft erweist sich als stabiler und – teuerungsbereinigt – sogar als rückläufiger Haushaltsposten. Seit 2000 bezieht die Landwirtschaft nur unwesentlich mehr Geld (plus 133 Millionen) und kommt heute auf 3,706 Milliarden Franken. Aufschlussreich ist hierbei der Anteil an den Gesamtausgaben: Er sank von 7,5 Prozent (2000) auf 5,8 Prozent (2013).

Neben den Bauern werden einzig beim Militär faktisch Mittel eingespart. Für den Bereich Landesverteidigung gab der Bund im Jahr 2000 noch 4,815 Milliarden Franken aus. In den folgenden Jahren wurden die Beiträge kontinuierlich gekürzt auf 4,272 Milliarden Franken (2006). Als die Armee in der Folge vor allem Schlagzeilen lieferte wegen schlechter Ausrüstung und logistischer Pannen, machte Bundes-

Die Personalausgaben stiegen seit 2007 von 4,462 auf 5,459 Milliarden Franken.

bern die Kürzungen teilweise wieder rückgängig, so dass sich die Ausgaben für die Landesverteidigung etwa auf das Niveau von 2000 einpendelten: 4,789 Milliarden (2013). Aber auch hier sank der Anteil an den Gesamtausgaben deutlich: Von 10,2 Prozent (2000) auf 7,5 Prozent.

Während bei der Armee und in der Landwirtschaft gespart wird, wachsen andere Bereiche ungebrochen. Mit Abstand der grösste Rechnungsposten bildet die soziale Wohlfahrt. Sie beansprucht ein Drittel der gesamten Bundesausgaben. Entgegen dem linken Mantra, dass in der Schweiz «Sozialabbau» betrieben und der Staat «kaputtgespart» werde, floriert die Branche. Die Ausgaben stiegen von 14,171 Milliarden (2000) auf 21,106 Milliarden (2013), was einem Plus von rund 7 Milliarden entspricht. Damit wird für die Soziale Wohlfahrt wesentlich mehr ausgegeben als für Verkehr, Bildung und Landesverteidigung zusammen.

Mehr Konsum, Beton, Zuwanderung

Nicht nur absolut, auch prozentual hat der Sozialstaat im Vergleichszeitraum zugelegt: von 30 auf 33,1 Prozent. Die grossen Brocken fallen auf die Sozialversicherungen. Die AHV wuchs von 6,429 Milliarden (2000) auf 10,621 Milliarden (2013). Die Invalidenversicherung kostete den Bund 1,543 Milliarden mehr: 4,873 Milliarden (2013). Am stärksten angestiegen sind jedoch die Ergänzungsleistungen (EL). Waren 2000 noch 502 Millionen Franken nötig, sind es 2013 bereits 1,389 Milliarden. Die EL sind die finanzielle Kehrseite der largen IV-Politik der neunziger Jahre unter Ruth Dreifuss (SP) und später Pascal Couchepin (FDP). Mit der stark gestiegenen Zahl der IV-Rentner wuchs auch die Zahl jener, die Anspruch auf Ergänzungsleistungen stellen, um auf das minimale Einkommen zu kommen.

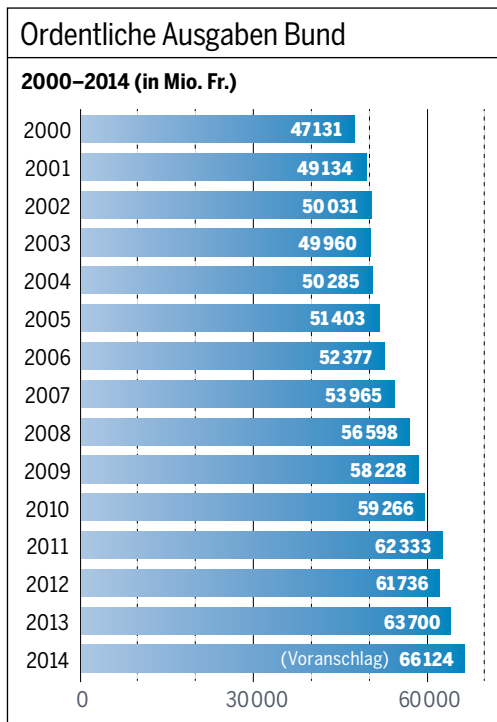
Neben der sozialen Wohlfahrt ist auch der Bereich «Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit» kräftig angewachsen. Besonders die Koppelung der Entwicklungshilfe an das Bruttonationaleinkommen (BNE) sorgt für happigen Zuwachs. Im Jahr 2000 flossen noch 1,273 Milliarden Franken in Süd- und Ostländer. 2013 waren es bereits 2,290 Milliarden. Das ist eine Zunahme von 80 Prozent innerhalb weniger Jahre.

Seit Oktober 2010 hat Eveline Widmer-Schlumpf das Finanzdepartement inne. Seither sind die Ausgaben von 59,266 auf 63,7 Milliarden angestiegen. Der Voranschlag 2014 sieht sogar 66,124 Milliarden vor. Ernsthafte Sparprogramme sind nicht vorgesehen. Der Staat wächst munter vor sich hin, was sich insbesondere bei den Personalausgaben zeigt. Seit der Abwahl Christoph Blochers 2007 gibt es kein Halten mehr: Die Personalausgaben stiegen seither von 4,462 auf 5,459 Milliarden Franken.

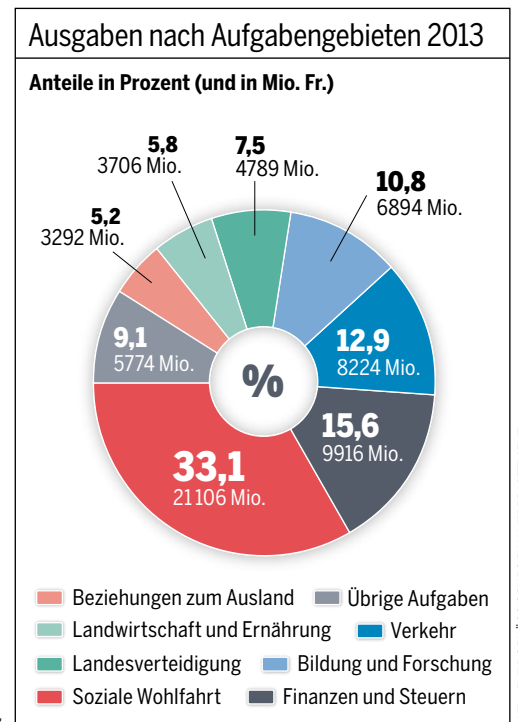
Dass die Staatsrechnungen trotz Ausgabenwachstum einigermaßen im Lot blieben, hat mit der sprudelnden Einnahmenseite zu tun. Etwas salopp formuliert: Die Schweizer steuern mehr, als die Politik in Bundesbern auszugeben vermag. Aber auch hier lohnt sich ein genaueres Hinschauen. Die Eidgenössische Finanzverwaltung benennt denn auch relativ freimütig die Ursachen für das beschleunigte Wachstum: «Die kräftige Binnennachfrage (Haushaltsausgaben und Bauinvestitionen), unterstützt durch die Einwanderung und tiefe Zinssätze, trug weitgehend zur Verbesserung in der Berichtsperiode bei.» Anders ausgedrückt: Mehr Konsum, mehr Beton, mehr Zuwanderung, billigeres Geld. Qualitatives Wachstum sähe anders aus. Auch 2013 kamen netto über 80 000 Personen in die Schweiz – womit rund ein Prozent Wirtschaftswachstum ausgelöst wurde.

Die Schweizerische Nationalbank befindet sich in Geiselnhaft der Europäischen Zentralbank.

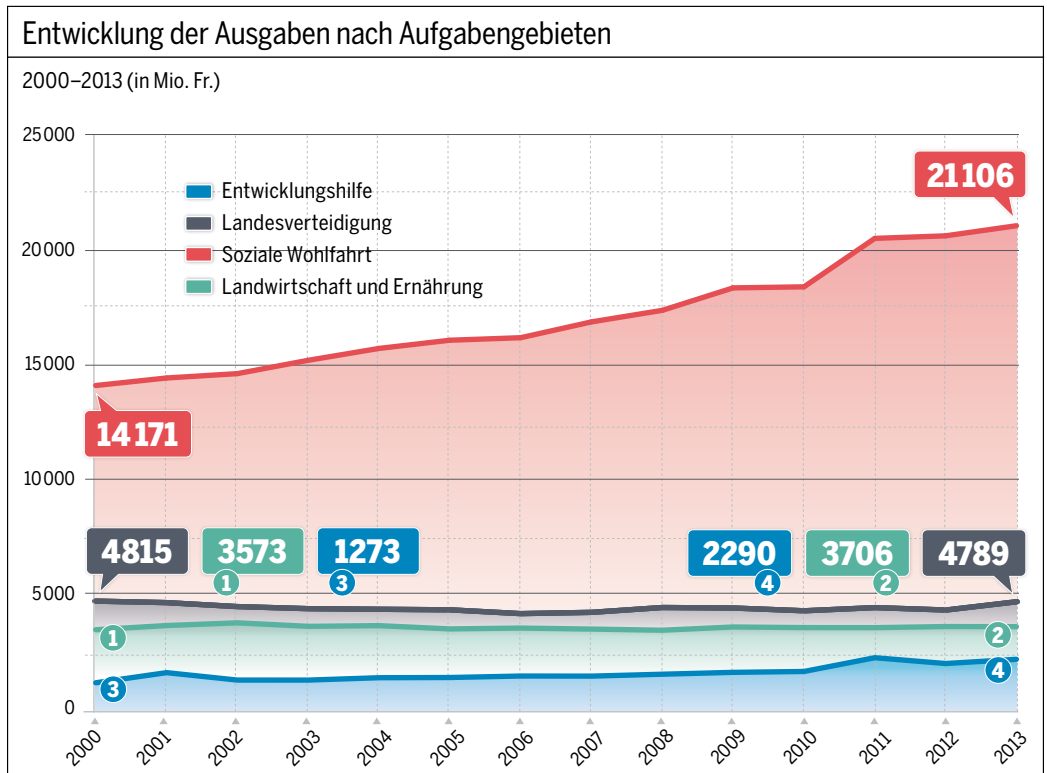
Zwei Faktoren frisieren das Ergebnis der Staatsrechnung: Die Einnahmen sprudeln, und die Schuldzinsen liegen auf einem historisch tiefen Niveau. Damit sich hochverschuldete Euro-Staaten wie Griechenland oder Portugal überhaupt finanzieren können, hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen schrittweise, mittlerweile sogar unter null, gesenkt. Nun ist so viel billiges Geld auf dem Markt, dass auch zweifelhafte Staatsanleihen ihre Abnehmer finden. Portugal hat in diesen Wochen zehnjährige Obligationen mit 3,57 Prozent Rendite platzieren können. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise musste Portugal fast 16 Prozent Zinsen zahlen. Hat Lissabon so toll gearbeitet, dass die Anleger wieder Vertrauen gefasst haben? Wohl kaum. Das wird nur schon bei einem Blick auf die Verschuldung



Zunahme von knapp 20 Milliarden Franken.



Flourierende Branche Sozialstaat (rot).



Weniger Mittel fürs Militär (grau).

deutlich: Diese ist seit 2010 von 161 Milliarden Euro auf 200 Milliarden (2013) gestiegen.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) befindet sich in Geiselnhaft der EZB. Senkt diese die Leitzinsen, muss SNB-Präsident Thomas Jordan nachziehen, auch wenn der Immobilienmarkt, wie die SNB selber immer wieder warnt, zu überhitzen droht. Tiefe Zinsen sind schlecht für die Sparer, aber gut für die Schuldner. Der grösste Schuldner, auch in der Schweiz, ist der Staat. Der Bund hatte 2013 rund 2,1 Milliarden Franken Zinsausgaben. Im Jahr 2000 waren es noch 3,489 Milliarden.

Obschon das Zinsumfeld auch damals alles andere als schlecht war, «spart» die Eidgenossenschaft jährlich 1,3 Milliarden Franken Schuldzinsen. Nur schon deswegen relativiert sich Widmer-Schlumpfs Bilanz. Der Bundeshaushalt ist nicht in «guter Verfassung», wie die Finanzministerin in der nationalrätlichen Debatte sagte: Der Staat wächst fast doppelt so schnell wie das Bruttoinlandprodukt (BIP), und bei einem normalen Zinsumfeld wäre die Staatsrechnung schon dieses Jahr ins Minus gekippt. Die Defizite von morgen sind bereits angelegt – mit der ungebremsten Ausgabenpolitik von heute.